

## MARKUS GRÜBEL MdB



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anbei sende ich Ihnen/ Euch meinen Infobrief anlässlich der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Themen der Woche:

- Meine Meinung zur Energiepolitik der Bundesregierung
- Erste Veranstaltung der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung
- Wie können Selbsttötungen verhindert werden? Expertengespräch zum Thema Suizidprävention im Bundestag
- Praktikant David Beck zieht Bilanz
- Nach blutigem Vorgehen gegen Demonstranten: Bundestag stellt sich an die Seite der Iraner
- Gute Nachricht, Enttäuschung und Zitat der Woche
- Zahl der Woche

Ihr/ Euer Markus Grübel MdB  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

## Meine Meinung zur Energiepolitik der Bundesregierung

„Naiv und unverantwortlich“. So hat mein Kollege Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU) in der heutigen Aussprache im Deutschen Bundestag das aktuelle Handeln der Bundesregierung treffend beschrieben. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, dass

die Ampel-Regierung es nicht schafft, ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen. Das verunsichert die Bevölkerung, was vor allem in der jetzigen angespannten Situation unsäglich ist.

Der wichtigste Punkt ist jedoch, dass die verkorkte Gasumlage wieder abgeschafft wird. Meine Fraktion hat bereits vor Wochen gefordert, dieses unsinnige Instrument zu beseitigen, weshalb wir nun einen ersten Erfolg verzeichnen können. Die gestern von der Bundesregierung beschlossene Gaspreisbremse ist ein weiteres Instrument, das den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land helfen wird, diesen schwierigen Winter zu überstehen.

Damit wollen wir uns aber nicht zufriedengeben. Die Maßnahmen bleiben auch weiterhin zu unkonkret. Viele Fragen werden nicht beantwortet, so etwa die Unsicherheit, ab wann die Strom- sowie die Gaspreisbremse wirken. Das sind essenzielle Fragen, die von der Bundesregierung nicht geklärt wurden. Das heißt in aller Deutlichkeit: Solange die Ausgestaltung der Maßnahmen unklar bleibt, ist den Bürgern und Unternehmen nicht geholfen!

Außerdem wird jetzt ein weiterer Schattenhaushalt in Höhe von 200 Milliarden Euro eingeführt, mit dem die Bundesregierung verzweifelt versucht, die Schuldenbremse weiterhin einzuhalten. Jedoch müssen auch diese neuen Schulden irgendwann zurückgezahlt werden. Dessen müssen wir uns stets bewusst sein!

Ich fordere die Bundesregierung auf, klare und durchdachte Maßnahmen zum Wohle der Menschen in Deutschland zu beschließen. Maßnahmen, die den Bürgern und Unternehmen konkret helfen und niemanden im Stich lassen.



## Erste Veranstaltung der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung

Markus Grübel: "Ich freue mich, dass ich diese Woche bei der ersten Veranstaltung der im Juni 2021 per Bundestagsbeschluss gegründeten Helmut-Kohl-Stiftung dabei sein durfte. Gekommen waren neben dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz auch viele alte Weggefährten Helmut Kohls, darunter Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel, die ab 1991 Ministerin (zunächst für Familie, dann für Umwelt) im ersten gesamtdeutschen Kabinett von Kohl war. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ist der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder.

Angela Merkel erklärte die aus ihrer Sicht drei Erfolgsmerkmale Kohls:

1. Den Menschen sehen und bewerten: Ist er intelligent, ist er auch klug oder beides nicht.

2. Bei Entscheidungen abwarten und im richtigen Moment entscheiden. Andere in die Entscheidungsfindung einbinden. Im Idealfall teilen sie am Ende deine Meinung, wobei sie denken, es wäre ihre eigene Idee gewesen.

3. In großen historischen Entwicklungen denken und entscheiden."

Foto: Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel spricht am Ende der Veranstaltung ein Schlusswort

[Mehr Infos zur Stiftung](#)

## Wie können Selbsttötungen verhindert werden? Expertengespräch zum Thema Suizidprävention im Bundestag

Ungefähr 10.000 Menschen nehmen sich in Deutschland pro Jahr das Leben - eine erschreckend hohe Zahl. Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung am Dienstagabend zu einem Expertengespräch zum schwierigen Thema Suizidprävention in den Bundestag eingeladen.

Konkreter Anlass war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2020, das das bis dahin bestehende Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung für nichtig erklärte und das prinzipielle Recht eines jeden auf Suizidassistentz, also Hilfe zur Selbsttötung, hervorhob. Um diesen ungeregelten Zustand zu beenden, liegen aktuell drei Gesetzesentwürfe zur Neufassung der Sterbehilfe vor, unter anderem von der Gruppe um die Abgeordneten Ansgar Heveling (CDU/CSU) und Prof. Dr. Lars Castellucci (SPD). Dieser wird auch von großen Teilen der Unionsfraktion unterstützt.

Im Expertengespräch ist klar geworden, dass gängige Meinungen zum Thema Suizid oft nicht der Realität entsprechen. So ist beispielsweise laut PD Dr. Ute Lewitzka, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, durchaus entscheidend, ob möglichst viele Gelegenheiten im öffentlichen Raum vorhanden sind (Stichwort ungesicherte hohe Gebäude etc.), um sich das Leben zu nehmen oder dies eben nicht der Fall ist (Fachbegriff: "Methodenrestriktion"). Denn über 90 Prozent derjenigen, die einen Suizid "erfolglos" abbrechen, starten in den darauffolgenden 30 Jahren keinen weiteren Versuch. Zur Verhinderung von Selbsttötungen wiederum sind die Einbettung in eine soziale Gemeinschaft und religiöse Bindungen entscheidend.

Einig waren sich am Ende alle Fachleute auf dem Podium, dass eine gesetzliche

Neuregelung der Sterbehilfe zwar - gemäß Bundesverfassungsgericht - das Recht auf einen "selbstbestimmten Suizid" beinhalten muss, dieses Recht jedoch möglichst restriktiv gefasst sein sollte. Denn - siehe oben - oftmals ist die Entscheidung, sich das Leben zu nehmen, nicht sehr ausgereift, sondern eher eine Momententscheidung und kann und sollte deshalb wo immer möglich verhindert werden.

Mehr über die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention



## Praktikant David Beck zieht Bilanz

"Mein Praktikum endet ähnlich wie es begonnen hat: Mit Wolfgang Schäuble. Diejenigen, die sich meine Vorstellung im vorletzten Infobrief ins Gedächtnis rufen, erinnern sich an meine Begegnung mit dem ehemaligen Bundestagspräsidenten und langjährigen Bundestagabgeordneten im Fahrstuhl. Drei Wochen später hielt Wolfgang Schäuble nun die Laudatio auf den ehemaligen polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa, der am Montag von der Seniorenunion eine Auszeichnung für seine Bemühungen zur Völkerverständigung erhielt. Ich hatte die Ehre, bei dieser Veranstaltung dabei sein zu dürfen.

Neben meinen täglichen Aufgaben, zu denen insbesondere die Mithilfe bei der Beantwortung von Bürgerbriefen zählte, erlebte ich während meines Besuchs in Plenar- und Ausschusssitzungen die Arbeit der Bundestagsabgeordneten hautnah.

Erwähnen möchte ich auch das Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Fraktion, das mir und den vielen anderen Praktikanten u.a. eine Teilnahme am ZDF-Morgenmagazin und eine Führung durch das Bundeskanzleramt ermöglichte. Der Austausch mit den Praktikanten aus ganz Deutschland war sehr wertvoll.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Markus Grübel für diese einmalige Erfahrung bedanken. Ein großer Dank gilt auch seinen Berliner Mitarbeitern Dr. Sonja Müller und Simon Riehle, die mich bestens unterstützt und begleitet

haben."

Foto: Markus Grübel MdB (links) und David Beck vor dem Saal des Verteidigungsausschusses im Bundestagsgebäude Paul-Löbe-Haus

## Nach blutigem Vorgehen gegen Demonstranten: Bundestag stellt sich an die Seite der Iraner

Die Bilder der Proteste im Iran gehen um die Welt. Der Tod der 22-jährigen Kurdin Mahsa Amini vorletzten Woche war der traurige Höhepunkt einer tragischen Geschichte, die auch Deutschland erschütterte. Vor allem junge Menschen gehen seither im Iran auf die Straße, um sich den Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes entgegenzustellen. Die Rechte der Frauen werden auf erschreckende Art und Weise eingeschränkt und ausgehebelt, die Pflicht, zumindest ein Kopftuch zu tragen, besser, den Körper komplett zu verhüllen, wird durch das Mullah-Regime rigoros und mit brachialer Gewalt (siehe Mahsa Amini) durchgesetzt.

Es ist nun Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, diese Zustände nicht nur zu beobachten und zu kommentieren, sondern aktiv die demokratischen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger im Iran einzufordern. Die Aussage der iranischen Regierung, es handele sich um eine innere Angelegenheit, wie mit Frauen, die sich weigern, ein Kopftuch zu tragen oder mit friedlichen Demonstranten umgegangen wird, ist schlichtweg falsch. Dies stellte auch Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in der Aktuellen Stunde zu den Protesten im Iran gestern im Bundestag unmissverständlich klar. Sie wies darauf hin, dass sich der Iran im Rahmen des "Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte" dazu verpflichtet hat, eben Letztgenannte zu garantieren, wozu selbstverständlich auch die freie Wahl der Kleidung in der Öffentlichkeit und friedliche Proteste gehören. Es ist deshalb legitim und notwendig, überall auf der Welt die schrecklichen Geschehnisse zu benennen und die demokratischen Proteste zu unterstützen.



### Gute Nachricht der Woche

Am kommenden Montag feiern wir 32 Jahre deutsche Wiedervereinigung. Die Tatsache, dass sich die kommunistisch-sozialistische DDR und die demokratische BRD nach 41 Jahren Trennung im Jahr 1990 wieder zu einem friedlichen und demokratischen



### Enttäuschung der Woche

Nachdem Bundeswirtschafts- und Energieminister Dr. Robert Habeck (GRÜNE) vor acht Tagen (siehe letzter Infobrief) im Bundestag noch die CDU/CSU-Fraktion harsch kritisierte, weil sie gefordert hatte, die von ihm geplante Gasumlage nicht einzuführen, musste er diese Woche nun klein beigeben und



### Zitat der Woche

"Die junge Generation, die dieses Regime satt hat und die jetzt unter der Führung der Frauen für ihre Freiheit und Würde kämpft, ist die Zukunft des Iran und nicht dieses Regime."

Dr. Norbert Röttgen MdB (CDU/CSU), Vorsitzender des

Gesamtdeutschland vereinen konnten, gilt vielen Beobachtern nach wie vor als Wunder. Die Grundlage für diese Entwicklung haben Menschen wie Lech Walsea gelegt, der am Montagabend in Berlin für seine Verdienste geehrt wurde. Der Danziger Werftarbeiter Walesa hat 1980 die Bewegung "Solidarnosc" mitgegründet, die schließlich 1989 zum Fall des kommunistischen Regimes in Polen führte - alles Weitere ist Geschichte.

das umstrittene Instrument "beerdigen". Nachdem Habeck die Gasumlage über Wochen hinweg als alternativlos dargestellt hatte, sagte er nun am Dienstag plötzlich, die Umlage nicht einzuführen, sei "kein Hexenwerk". Stringente Politik sieht anders aus.

Auswärtigen Ausschusses des Bundestags von 2014-2021

## Zahl der Woche

200 Mrd. Euro: Diesen Betrag möchte die Bundesregierung unter Führung von Kanzler Olaf Scholz (SPD) für den "Wirtschaftlichen Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges" aufwenden. Zwar ist das von Scholz ausgegebene Ziel "Die Preise müssen runter" voll und ganz berechtigt, da die hohen Energiekosten vor allem Geringverdienern, aber auch Angehörigen der Mittelschicht schwer zu schaffen machen. Zu kritisieren ist allerdings, dass mit diesem Schutzschirm ein weiterer Schattenhaushalt aufgemacht wird und gar nicht erst der Versuch unternommen wurde, im regulären Haushalt zu sparen. Insgesamt hat die rot-grün-gelbe Bundesregierung alleine in diesem Jahr 360 Mrd. Euro neue Schulden in Schattenhaushalten aufgenommen.

200

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Kontakt](#)



### **Markus Grübel MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Deutscher Bundestag  
Paul-Löbe-Haus (Zi. 6.740)  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 (0) 30 / 227 - 71973  
Telefax: +49 (0) 30 / 227 - 76964  
E-Mail: [markus.gruebel@bundestag.de](mailto:markus.gruebel@bundestag.de)  
<https://www.markus-gruebel.de>

Sollten Sie keine weiteren Informationen auf elektronischem Weg wünschen, können Sie sich jederzeit [hier abmelden](#).

Ihnen gefällt der Newsletter? Über eine [Weiterempfehlung](#) würden wir uns freuen.